

Stellungnahme der AG Bildung & Kultur der Stadtteilvertretung Turmstraße zur Friedensstatue an der Ecke Bremer Straße/ Birkenstraße vom 20.10.2020

Der in Moabit ansässige Korea-Verband hat unlängst an der Ecke Bremer Straße/ Birkenstraße als Mahnmal eine Statue aufgestellt, die ein Jahr lang an das Thema der sog. „Trostrfrauen“ erinnern soll. Dieser euphemistische Begriff bezeichnet diejenigen Frauen, überwiegend koreanische und chinesische, aber auch Frauen anderer Nationen, die vor und während des 2. Weltkriegs vom japanischen Militär in Truppenbordellen zur Prostitution mit japanischen Soldaten gezwungen wurden. Schätzungen zufolge handelte es sich um 50.000 bis 200.000 Frauen, die in den von Japan besetzten Gebieten Massenvergewaltigungen und anderen Kriegsverbrechen ausgesetzt waren.

Die Metallstatue zeigt eine sitzende Frau, neben ihr steht ein freier Stuhl. Es handelt sich um eine Replik; gleichartige Statuen stehen u. a. in den USA, in Kanada, Neuseeland und Australien. Kurz nach Errichtung des Mahnmals wirkte die japanische Botschaft in Berlin beim Bezirk Mitte jedoch darauf hin, dass die Genehmigung für die Aufstellung der Friedensstatue wieder entzogen wurde. Die Statue sollte somit am 14.10. entfernt werden und nicht – wie ursprünglich geplant – ein Jahr stehen bleiben. Auf die darauffolgende Klage des Korea-Verbands hin bleibt die Statue nun vorerst an Ort und Stelle, bis das Berliner Verwaltungsgericht über den Fall entschieden hat.

Viele, aber nicht alle Länder, in denen eine Replik der Friedensstatue aufgestellt worden ist, haben sich bislang dem Wunsch Japans gefügt. Es ist zwar nachvollziehbar, dass es der Regierung Japans unangenehm ist, wenn in anderen Ländern an dieses für sehr viele Frauen überaus traurige Kapitel des 2. Weltkrieges durch eine Statue erinnert werden soll. Es ist aber ebenso nachvollziehbar, dass der Moabiter Korea-Verband 75 Jahre nach Kriegsende an dieses Kapitel der koreanischen Geschichte erinnern möchte. Zugleich ist die Friedensstatue eine Mahnung für die vielen Frauen, die in anderen Kriegsregionen dieser Welt auch heutzutage noch sexualisierte Gewalt erleben.

Die AG Bildung & Kultur der Stadtteilvertretung Turmstraße ist generell der Ansicht, dass über Kunst, die im öffentlichen Raum ausgestellt wird, zuvor eine Debatte und dann Genehmigung durch gewählte Gremien wie die BVV stattfinden soll. Dies gilt insbesondere für Kunstwerke wie die genannte Friedensstatue, die eine politische und zivilgesellschaftliche Aussage treffen.

Wurde diese Genehmigung erteilt – auf Zeit wie in diesem Fall oder auf Dauer –, so sollte wiederum eine Debatte und dann ggf. die Aufhebung der Genehmigung in diesen Gremien erfolgen, wenn von Dritten eine Beseitigung des Kunstwerks beantragt wird.

Daher sind wir der Auffassung, dass die Friedensstatue wie geplant und genehmigt dieses eine Jahr an ihrem Platz stehen bleiben soll. Auch die knapp 300 Teilnehmenden der Demonstration am 13. Oktober forderten genau dies. Entsprechend fasste die Stadtteilvertretung Turmstraße am 20.10. einen Beschluss (8 Stimmen dafür, 2 dagegen), in dem die BVV und die Bezirksverwaltung gebeten werden, in diesem Sinne zu handeln.